

## **Volksschule Vilseck: Kein Realschulzweig, aber Mittelschule möglich**

Einen prall gefüllten Aktenordner mit Unterschriftenlisten überreichte Bürgermeister Hans-Martin Schertl am Donnerstag im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus dem Chef der Stabsstelle für Schulstrukturfragen, Ministerialdirigent Dr. Müller. Die Unterschriften gehören zu einem offenen Brief, in dem die Stadt Vilseck an Ministerpräsident Seehofer und Kultusminister Spaenle einen Appell richtet, die vorgelegten Anträge auf regionale Schulentwicklung zu genehmigen und auch Modelle zuzulassen, die die Anbindung eines Realschulzweigs an Hauptschulen vorsehen. Anlass für den Brief ist die Bewerbung der Stadt Vilseck, an ihrer Volksschule einen Realschulzweig einzurichten. Der Brief ist von den drei Vilsecker Bürgermeistern, dem Bürgermeister der Marktgemeinde Freihung, den Vorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen, den Schulleitern und zahlreichen Lehrkräften, Eltern und engagierten Bürgern unterschrieben. Insgesamt kamen mehr als 1800 Unterschriften zusammen.

Die Mitglieder des Stadtrats Vilseck hätten es gern gesehen, wenn ihr Bürgermeister die Unterschriftenliste dem Kultusminister persönlich ausgehändigt hätte. Herrn Spaenles Terminkalender ließ dies aber leider nicht zu. In Ministerialdirigent Dr. Müller, der von dem für Rechtsfragen zuständigen Ministerialrat Graf begleitet wurde, traf die Delegation aus Vilseck (Bürgermeister Schertl war mit seinem Vertreter 3. Bürgermeister Manfred Högl, den Stadtratsmitgliedern Roswitha Graßler, CSU-Fraktion, Josef Götz, SPD-Fraktion, und Helmut Schwindl, Fraktion Einheitsblock-Freie Wählerschaft, sowie dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Freihung, Norbert Bücherl, und Peter Mallmann von der Stadtverwaltung angereist) aber auf hochkarätige Fachleute des Ministeriums. Die Kommunalpolitiker nutzten die einmalige Gelegenheit, kritische Anmerkungen zur Situation der Hauptschulen auf dem flachen Lande und zum Bildungssystem in Bayern allgemein anzubringen. Die Ministerialbeamten verteidigten natürlich die Haltung der Bayerischen Staatsregierung.

Ein Aufweichen des dreigliedrigen Schulsystems werde es nicht geben. Realschulzweige an Hauptschulen werden nicht zugelassen. Die vielen Vorteile, die sich durch die Ansiedlung einer Realschule an der Hauptschule ergeben würden, wie kurze Schulwege, keine überfüllten Busse nach Amberg und Sulzbach-Rosenberg, höhere Schülerzahlen an den Hauptschulstandorten und dadurch besseres Angebot von verschiedenen Kursen und insgesamt eine Stärkung des ländlichen Raums wollte Ministerialdirigent Dr. Müller nicht gelten lassen.

Die Zusammenkunft, deren Dauer von Seiten des Ministeriums auf eine Stunde anberaumt war, entwickelte sich zu einer zweistündigen lebhaft und angeregt geführten Diskussion, von der die Besucher aus der Oberpfalz schließlich folgende Erkenntnisse mit nach Hause nahmen:

Die Anzahl der Schüler, die in Bayern die Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen, ist in etwa gleich hoch: Etwa ein Drittel der Schüler geht zur Hauptschule, ein Drittel zur Realschule und ein Drittel ins Gymnasium. Die Schüler verteilen sich auf 400 Gymnasien, 350 Realschulen und 1.000 Hauptschulen. Von den Hauptschulen sind auf Dauer viele deutlich zu klein. An der demografischen Entwicklung lässt sich ein ständiger Rückgang der Schülerzahlen ablesen. Die Schließung von Hauptschulen will die Politik aber möglichst vermeiden. Die Kooperation mit Realschulen, mit der das Ministerium eine Stärkung der Hauptschulen erreichen wollte, wird von den Eltern abgelehnt. Die Eltern wollen für ihre Kinder einen vollwertigen Realschulabschluss.

Die Einrichtung von Realschulzweigen, wie auch von der Stadt Vilseck beantragt, erachtet die Staatsregierung auch nicht für den richtigen Weg: Die Gesamtzahl der Realschulen würden sich auf 600 erhöhen. Die Staatsregierung ist der Ansicht, dass die Hauptschulen nur zu retten sind, wenn Hauptschulen, die mit ihren Schülerzahlen auch noch in der Zukunft Bestand haben werden, sich zu Verbänden zusammenschließen, die eine Gesamtschülerzahl von mindestens 300 erreichen. In die Bildung eines solchen Schulverbands mischen sich das Ministerium, die Regierung und auch das Schulamt nicht ein. In einem Verbund haben auch kleinere Hauptschulen nach Meinung der Staatsregierung und des Kultusministeriums eine Zukunft. Die Verbände erhalten deutlich verstärkte Kompetenzen: Ihnen wird die Verantwortung für die Stundenbudgets (Lehrer, Schulleitung, Verwaltung) übertragen. Die Schulverbände eröffnen die Chance, so viele Hauptschulstandorte in ländlichen Regionen so lange wie möglich zu erhalten und wohnortnahe Bildungsangebote zu sichern.

Nach der Ansicht der Bayer. Staatsregierung und den Aussagen von Herrn Dr. Müller können in einem Schulverbund kleinere Schulen zu Mittelschulen weiterentwickelt werden, die über neue inhaltliche Schwerpunkte verfügen. Die Mittelschule verbindet die Merkmale Berufsorientierung und mittlerer Schulabschluss. An ihr besteht die Möglichkeit, die individuelle Entwicklung der Schüler abzuwarten und sich ohne Vorwegfestlegung zu einem späteren Zeitpunkt auf einen bestimmten Abschluss hin zu orientieren.

Das Staatsministerium und das Kultusministerium planen, die begabungsgerechte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler auszubauen. Dazu wird insbesondere die Förderung der Schüler in Deutsch, Englisch und Mathematik intensiviert. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 erfolgt diese im Klassenverband mit speziellen Übungseinheiten zur Förderung der Kernkompetenzen; in den Jahrgangsstufen 7 und 8 über zusätzliche Differenzierungsstunden und in den Jahrgangsstufen 9 und 10 über eigene Klassen.

In den Einwendungen der Vilsecker Delegation zu den Ausführungen von Dr. Müller wurde auch deutlich, dass die Überlegungen der Staatsregierung und des Kultusministeriums vor allem auf dem flachen Land nicht ungeteilte Freude finden. Mit dem nun erleichterten Übertritt an das Gymnasium (sogar bei 2 x Note 4 in den Hauptfächern) blutet die Hauptschule noch mehr aus. Dies belegen die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Übertrittsquoten von der Hauptschule an weiterführende Schulen – teilweise bis zu 90 % der Schüler. Eine spezielle Förderung der noch verbliebenen Schüler sei absolut notwendig, dürfe aber nicht als Erfolg der Schulpolitik des Kultusministeriums verkauft werden.

Dr. Müller versuchte, die „neue Mittelschule“ zu erläutern, für die der Freistaat Bayern mehr Lehrerstellen bereitstellen werde.

Anknüpfend an die begabungsgerechte Förderung der Schüler auf unterschiedlichen Niveaustufen bietet die Mittelschule ein differenziertes Abschlussangebot an. An der Mittelschule können die Schüler entweder den neuen mittleren Bildungsabschluss, daneben wie bisher den sog. erfolgreichen oder den qualifizierenden Hauptschulabschluss oder aber den neu zu schaffenden Praxisklassenabschluss mit einem vergleichsweise theorieentlasteten Zuschnitt erwerben. Der neue Mittelschulabschluss entspricht den Standards der Kultusministerkonferenz und ist dem Niveau von Wirtschafts- oder Realschule vergleichbar. Er steht Schülerinnen und Schülern offen, die ab dem Schuljahr 2010/11 in die 5. Jahrgangsstufe kommen.

Berufsorientierung ist das besondere Merkmal der Mittelschule. Gewährleistet wird sie insbesondere durch die drei berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales

und die Kooperationen mit Berufsschule (z.B. durch Lehreraustausch), regionaler Wirtschaft und der Agentur für Arbeit. Welchen der berufsorientierenden Zweige die Schüler wählen, brauchen sie erst ab der 8. Klasse zu entscheiden.

Mittelschule kann sich eine Hauptschule nennen, wenn sie ihren Schülern ein breit gefächertes Bildungsangebot macht mit

- den drei berufsorientierenden Zweigen Technik, Wirtschaft und Soziales,
- einem Ganztagsangebot,
- der Kooperation mit einer Berufsschule (z.B. durch Austausch von Lehrkräften), der regionalen Wirtschaft und der Arbeitsagentur,
- einem mittleren Bildungsabschluss auf dem Niveau von Wirtschafts- und Realschulen,
- der individuellen/modularen Förderung der Schüler im Klassenverband unter Beibehaltung des Klassenlehrerprinzips sowie
- Angeboten der Jugendsozialarbeit bzw. von Förderlehrern.

Ausgestattet mit neuen Erkenntnissen, führen die Vilsecker, auch wenn ihr ursprünglicher Antrag auf Einrichtung eines Realschulzweigs nicht verwirklicht werden kann, doch motiviert nach Hause. Ihr neues Ziel heißt jetzt Mittelschule. Diese neue Mittelschule brauche aber auch Kinder, die nur dann die „Vilsecker Mittelschule“ besuchen, wenn ein attraktives Schulangebot besteht. Und um dieses möglichst schnell zu erreichen, will man unverzüglich den Dialog mit den Schulen und Wohnsitzgemeinden aufnehmen, die für die Bildung eines Schulverbunds in Frage kommen. Amberg-Sulzbach ist Modelllandkreis für die Oberpfalz. Die Stadt Vilseck sieht für sich eine realistische Chance, Modellschule zu werden, und wird nichts unversucht lassen, zum Zuge zu kommen.